

INHALT

AKTUELLES

Generalstreik in Frankreich S.3
CFDT-Kongreß S.3
Eaau-Rankholo-Verhaftet S.4
US-Sanktionen gegen Südafrika S.4
Streik in Schweden beendet S.5
Kein Rückgang der
Arbeitslosigkeit S.6
90-jähriges Bestehen der ÖTV S.6

ZIVILLUFTFAHRT

ICAO fordert Abbruch der
Luftverkehrsverbindungen
mit Südafrika S.7
ITF-Kabinenpersonal-Überblick S.7

BINNENVERKEHR

Bemannungsabkommen für
Rheinschiffahrt in Gefahr S.8
Warnung an Weltbank
wegen Chile-Hilfe S.8
Zusammenschluß von
US-Eisenbahngewerkschaften S.9
Einmannbetrieb bei
British Rail S.9

SEELEUTE

Verstärkte Proteste gegen
Angriffe im Golf S.10
Norwegen schafft Wochen ab S.11
Streikerfolg für NUS S.12
Shell verläßt deutsches
Register S.13

HAFENARBEITER

Streiks im Südpazifik
ausgesetzt S.14
US-ILA-Vertrag verlängert S.14
Getreidestreik in
Thunder Bay beendet S.15

REGIONALTÄTIGKEIT

Sambische Gewerkschaften fordern
Stärkung der Tansam-Eisenbahn S.16
Transportarbeiterstreik
in Hongkong S.17

TODESFÄLLE S.18

CHARLES BLYTH: DANKE S.18

PERSONALIEN S.19

Neues US-Steuerreformgesetz STEUERSCHLUPFLÖCHER FÜR SCHATTENFLAGGEN GESTOPFT

Ein schwerer Schlag hat amerikanische Schattenflaggenreeder getroffen - von nun an müssen sie erstmals Steuern zahlen.

Dies ist das Ergebnis von Bestimmungen in dem neuen Steuerreformgesetz, das mit der Unterzeichnung durch Präsident Reagan am 6. Oktober in Kraft trat. Schlupflöcher, die es amerikanischen Firmen ermöglichten, die Besteuerung ihrer Schattenflaggentonnage in den USA zu umgehen, wurden beseitigt. Damit wird den ungerechtfertigten Steuervorteilen, in deren Gebrauh US-Reeder durch die Ausflaggung ihrer Schiffe kämen, ein Ende bereitet.

Diese Maßnahme stellt einen wichtigen Sieg für die US-Schiffahrtsgewerkschaften dar, die seit langem argumentieren, daß die amerikanische Nationalflotte durch die Steuerergesetze benachteiligt wird. Außerdem wird damit eine neue Front in der weltweiten ITF-Kampagne gegen das gesamte "Billigflaggensystem" geschaffen. In dem neuen Gesetz wird die Steuerpflichtigkeit auf der Basis der Eigentümerschaft und nicht, wie bisher, der Flagge geregelt. Damit wird ein Grundsatz anerkannt, für den sich die Schiffahrtsgewerkschaften und die ITF seit langem eingesetzt haben. Andere traditionelle Schiffahrtsnationen werden nun unter verstärkten Druck geraten, diesem Beispiel zu folgen und den unfairen Status eines Steuerparadieses der Schattenflaggenreeder abzuschaffen.

Es sind in der Hauptsache drei Änderungen, die den Steuerstatus der Schattenflaggenreeder beeinflussen. Sie betreffen die Fragen der Steuerstundung, der Behandlung gegenseitiger Steuerabkommen und der Berechnung der Steuer auf der Grundlage des Einkommens aus der Schiffahrt.

- Gemäß dem früheren Gesetz konnte der US-amerikanische Reeder eines unter ausländischer Flagge fahrenden Schiffes der Zahlung amerikanischer Steuern unendlich hinauszögern, solange es sich um die Einnahmen eines im Ausland registrierten Unternehmens handelte oder sie sofort wieder in der Schiffahrt investiert wurden.

Unter dem alten Gesetz bestand ein hoher steuerlicher Anreiz für die Reeder, ihre Schiffe auszuflaggen, da eine Steuerstundung nur für nicht in den USA registrierte Schiffe gewährt wurde.

Im Steuerreformgesetz werden die Steuerbefreiung von reinvestierten Schiffahrtseinnahmen und die automatische Steuerstundungsklausel aufgehoben, wodurch praktisch die massive Subventionierung der Schattenflaggenbetreiber durch die amerikanischen Steuerzahler beendet wird.

- Ein zweites großes Schlupfloch, das nun beseitigt wurde, ist, die Auslegung von gegenseitigen Steuerabkommen. Gemäß dem früheren Gesetz waren die Einnahmen aus der Schiffahrt mit unter ausländischer Flagge fahrenden Schiffen unter der Voraussetzung von der US-Einkommenssteuer ausgenommen, daß ein Steuerabkommen zwischen dem Flaggenstaat und den USA bestand, mit dem die nationale US-Schiffahrt von der Steuerpflicht befreit wurde.

Neben wichtigen Handelspartnern der USA haben auch die meisten Schattenflaggenländer, einschließlich Liberia und Panama, derartige Abkommen unterzeichnet, obwohl das Volumen des in diesen Ländern mit Hilfe von US-Flaggenschiffen durchgeführten Handels äußerst gering ist.

Diese Abkommen ermöglichten es US-
Forts. auf S.2

OKTOBER 1986

AKTUELLES

... Erfolg für langjährige Kampagne der US-Schiffahrtsgewerkschaften ...

Firmen, ihre Steuerpflicht zu umgehen, indem sie Briefkastenfirmen in derartigen Schattenflaggenländern gründen. Das neue Gesetz wird nur solchen Schiffen Steuerbefreiung gewähren, deren Eigentümer und Betreiber in dem anderen Land ansässig sind. Unternehmen müssen sich mindestens zu 50 % unter der Kontrolle derartiger in dem Land ansässiger Personen befinden.

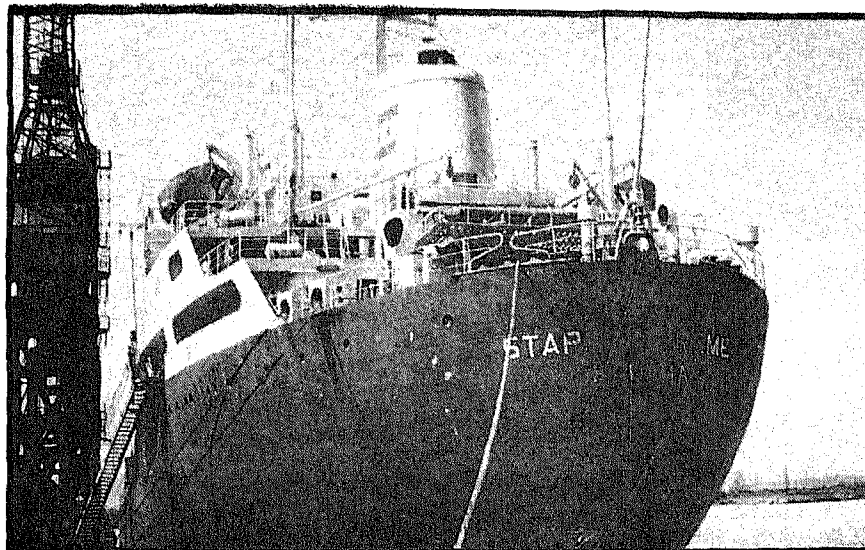
- Die dritte große Veränderung zielt auf das, was Steuerexperten als "sourcing" bezeichnen. Auch hier wurde ein Schlupfloch beseitigt.

Der Begriff "sourcing" bezieht sich auf die Frage, welcher Anteil der Einnahmen eines Reeders der Besteuerung durch die USA unterworfen ist. In dem unwahrscheinlichen Fall, daß ein amerikanischer Schattenflaggenbetreiber nicht in der Lage war, die Zahlung der Steuern hinauszuzögern oder eine Steuerbefreiung unter einem Steuerabkommen zu erlangen, wurde nach dem alten Gesetz immer noch nur der Anteil des Gesamteinkommens besteuert, der aus dem Verkehr mit US-Häfen stammt. Dieser Anteil wurde auf der Grundlage des Kostenanteils berechnet, der während des Aufenthalts in der Drei-Meilen-Zone der US-Hoheitsgewässer entstand - normalerweise ein äußerst geringfügiger Betrag.

Die große Veränderung in dem neuen Gesetz besteht in der Festlegung einer starrten 50:50-Regel für die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens aus dem Handel mit der USA. Damit wird jetzt die Hälfte aller derartiger Einnahmen der Steuer unterworfen. Ferner sieht das neue Gesetz eine 4 %ige Abgabe auf Bruttoeinnahmen vor, wenn diese Einnahmen nicht direkt in Verbindung mit einem US-Geschäft entstehen.

Praktisch werden durch diese drei Reformen die ungerechtfertigten Steuervorteile für US-Reeder beseitigt, die sich anstelle der US-Flagge einer Schattenflagge bedienten. Sie stellen einen wichtigen Sieg für die US-Schiffahrtsgewerkschaften dar, die sich gegen den gemeinsamen Widerstand der Reeder lange und intensiv für genau diese Punkte eingesetzt haben.

Vor dem Hintergrund der fortgesetzten weltweiten Tendenz zur Ausflagung auf Schattenflaggen ist das amerikanische Steuerreformgesetz zumindest ein kleiner Fortschritt auf dem Weg zu dem von der ITF verfolgten Ziel, die Geißel der Schiffahrt unter Bequemlichkeitsflaggen auf den Weltmeeren auszurotten.



Schattenflaggenreeder müssen von nun an für den US-Handel auch US-Steuern bezahlen.

GENERALSTREIK IN FRANKREICH

Der öffentliche Dienst in Frankreich wurde am 21. Oktober lahmgelegt, als eine gemeinsame Front der Gewerkschaften zu einem eintägigen Streik in Protest gegen die Politik der Regierung aufrief.

ITF-Gewerkschaften beteiligten sich an dem erfolgreichen eintägigen Streik gegen Angriffe auf die staatlichen Dienstleistungen und zur Verteidigung der Löhne, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die neue konservative französische Regierung hat einen einjährigen Lohnstopp für den öffentlichen Sektor beschlossen, womit die Bindung der Löhne an die Inflationsrate und vertraglich festgelegte Lohnerhöhungen in vielen Bereichen ausgesetzt werden. Da gleichzeitig die Versicherungsbeiträge ansteigen, bedeutet dies weniger Geld in den Lohntüten der meisten Arbeitnehmer. Minister der französischen Regierung haben außerdem die Forderung nach zehntausenden von Entlassungen im öffentlichen Sektor erhoben.

Ferner hat die neue Regierung als Teil einer allgemeinen Kampagne für mehr "Flexibilität" am Arbeitsplatz einen Angriff auf Arbeitsbedingungen und Sondervergütungen im öffentlichen Sektor gestartet. Einer der schwerwiegendsten Angriffe richtete sich gegen das Recht auf vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand der Beschäftigten beim Staatlichen Eisenbahnunternehmen SNCF. Die Regierung hat das gegenwärtige, vertraglich festgelegte Rentenalter von 50 Jahren für Lokführer und 55 Jahren für andere Beschäftigte in Frage gestellt - außerdem sollen im Laufe der nächsten 3 Jahre 40.000 Arbeitsplätze bei der SNCF beseitigt werden.

An dem Generalstreik beteiligten sich außerdem der ITF angeschlossene Gewerkschaften der Hafendarbeiter, in der Zivilluftfahrt und der Beschäftigten im städtischen Nahverkehr.



Werbematerial für den Streik in Frankreich

CFDT-TRANSPORTARBEITERKONFERENZ

Der 4. Kongreß der französischen ITF-Gewerkschaft Fédération Générale des Transports et Equipments (FGTE CFDT), der vom 13. bis 16. Oktober in Lamouira (Südfrankreich) stattfand, forderte, bei Tarifverhandlungen Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze Vorrang einzuräumen.

Eine vom Kongreß verabschiedete EntschlieÙung forderte insbesondere: eine koordinierte Politik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, größere Priorität für die Empfänger niedriger Löhne und Rentner, die Verteidigung bestehender Rechte im Rahmen der sozialen Sicherheit, Verkürzung der Arbeitszeit und Garantien hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Der Kongreß forderte ferner eine Intensivierung des Kampfes auf internationaler Ebene gegen Entregulierung, für die Gewerkschaftrechte und gegen Schattenflaggen.

Graham Brothers, Stellvertretender ITF-Generalsekretär, sandte eine Grußbotschaft an die Delegierten, in der er an die ITF-Aktivitäten zur Förderung der Eisenbahnen, des Straßenverkehrs und der öffentlichen Verkehrsmittel ganz allgemein erinnerte und der Gewerkschaft für ihre entschlossene Unterstützung dieser Kampagne dankte.

FÜHRENDES MITGLIED EINER SÜDAFRIKANISCHEN TRANSPORTARBEITER- GEWERKSCHAFT VERHAFTET

Esau Rankholo, Generalsekretär der der ITF angeschlossenen Transport and Allied Workers' Union (TAWU) wurde am 18. September von südafrikanischen Sicherheitskräften verhaftet und wird seitdem ohne Anklage festgehalten. ITF-Generalsekretär Harold Lewis informierte alle Mitgliedsorganisationen sowie er die Nachricht von Rankholos Verhaftung erhielt und forderte sie auf, Rankholos Freilassung sobald wie möglich in Eingaben an die diplomatischen Vertretungen Südafrikas und direkt an Präsident Botha zu fordern. Die Tatsache, daß Rankholo einer der beiden südafrikanischen Delegierten auf dem 35. ITF-Kongreß in Luxemburg im Juli und August dieses Jahres war und vielen führenden Mitgliedern von ITF-Gewerkschaften daher persönlich bekannt ist, verstärkt die Empörung der internationalen Gewerkschaftsbewegung über diesen willkürlichen und ungerechtfertigten Akt.



US-SANKTIONEN BESCHÄMEN EUROPÄER

Am 3. Oktober verabschiedete der US-Senat mit Zwei-Drittel-Mehrheit ein Paket scharfer Sanktionen gegen Südafrika. Damit wurde die unglaubliche Schwäche des wenige Tage vorher von den Regierungen der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Maßnahmenpakets deutlich. Die Zwei-Drittel-Mehrheit war notwendig, um das von Präsident Reagan eingelegte Veto gegen den Sanktionsbeschluß zu überwinden, der bereits von beiden Häusern des Kongresses genehmigt worden war. Die wichtigsten Elemente des Sanktionsprogramms sind: ein Verbot neuer Investitionen in Südafrika; die Beendigung des Imports von Kohle, Stahl, Eisen, Uran, landwirtschaftlichen Produkten, Lebensmitteln, Waffen, Munition und Militärfahrzeugen aus Südafrika in die Vereinigten Staaten; sowie die Unterbrechung der Luftverkehrsverbindungen. Im Gegensatz hierzu sind im Rahmen des EG-Programms weder das Verbot von Kohleimporten noch die Unterbrechung des Luftverkehrs vorgesehen. In einer im Anschluß an den EG-Beschluß veröffentlichten Erklärung beschrieb IBFG-Generalsekretär John Vanderveken die Maßnahmen als "halbherzig und große Enttäuschung".

Der IBFG organisiert vom 21. bis 23. Oktober in Lusaka (Sambia) eine Konferenz auf höchster Ebene, um Unterstützung für eine wirksame, weltweite Politik der Sanktionen zu gewinnen. Der Afrikanische Regionalvertreter Ben Udogwu nimmt für die ITF an dieser Konferenz teil.

GENERALSTREIK IN SCHWEDEN BEENDET

Ein Arbeitskampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Schweden wurde Mitte Oktober nach zweiwöchiger Dauer ausgesetzt, nachdem sich die Arbeitgeber zu Verhandlungen mit den betroffenen Gewerkschaften bereit erklärt hatten. Mehrere Hunderttausend schwedische Arbeitnehmer befanden sich im Ausstand, waren ausgesperrt, verweigerten die Leistung von Überstunden oder machten Dienst nach Vorschrift. Andere wurden durch die Reaktion der Arbeitgeber, die mit Aussperrung drohen, in den Konflikt hineingezogen.

Der Streik folgte auf das Scheitern der zentralen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Seit fünfundzwanzig Jahren wurde die Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer entsprechend der der Arbeitnehmer im privaten Sektor angehoben. Nun erklärten die Arbeitgeber, sie seien nicht länger bereit, dies zu garantieren.

Die Arbeitgeber haben offensichtlich die volle Unterstützung der Regierung, was in Schweden äußerst ungewöhnlich ist. Finanzminister Kjell Olof Feldt erklärte, daß einfach kein Geld vorhanden sei, um das letzte Angebot des Schlichters, das jetzt von allen betroffenen Gewerkschaften abgelehnt wurde, zu erhöhen. Er sprach sich gegen die Koppelung der Einkommen im öffentlichen Dienst an die Bezahlung im privaten Sektor aus, da dies die Inflation anheize.

Die Gewerkschaften bestehen auf der Beibehaltung der Ankoppelung.

Sie riefen kleine Gruppen von Arbeitnehmern in Schlüsselbereichen u. a. des Postdienstes, im Telekommunikationssektor und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zu Schwerpunktstreiks auf. Im Verkehrssektor verweigerten die Fahrkartenverkäufer der staatlichen Eisenbahn (SJ) die Arbeit; und das Überwachungspersonal der Stockholmer U-Bahn und der Betriebshöfe der städtischen Busse der Hauptstadt legte gemeinsam mit den Kranführern in den Häfen die Arbeit nieder.

FUNKTIONAERFORBUND FEIERT GEBURTSTAG

Herzliche Glückwünsche gehen an die dänische Angestelltengewerkschaft Dansk Funktionærforbund, die in diesem Monat ihr 75jähriges Bestehen feiert. Die Gewerkschaft hat angekündigt, daß sie mit den Spendenmitteln, die sie aus Anlaß dieses Jubiläums erreichen, ein gewerkschaftliches Bildungsprojekt in Afrika finanzieren wird.

WEITERHIN HOHE ARBEITSLOSIGKEIT IN OECD-LÄNDERN

Angaben des Sekretariats der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Sitz in Paris zufolge ist für die kommenden 12 Monate nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Industrienationen zu rechnen. So lautet die Schlußfolgerung des am 24. September veröffentlichten jährlichen "Beschäftigungsausblicks" der Organisation.

Trotz des Ölpreisverfalls, der zu einer Steigerung des Produktionswachstums führen könnte, besteht nach Erwartung der Wirtschaftswissenschaftler der OECD "kurzfristig kaum Aussicht, daß dieser Anreiz sich in Form verringertter Arbeitslosigkeit niederschlagen wird."

In den USA wird ein leichter Anstieg bei der Beschäftigung erwartet, während die Arbeitslosigkeit bis 1987 geringfügig auf etwa 6,75 % sinken könnte. In Europa wird die Arbeitslosigkeit jedoch weiterhin bei 11 % liegen, was etwa 19 Millionen Menschen entspricht. Für Japan wird eine Zunahme der im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosigkeit auf etwa 3 % und ein Rückgang des Gesamtbeschäftigungsniveaus vorhergesagt.

Hinter diesen pauschalen Zahlen verbergen sich noch wesentlich ernstere Entwicklungen. Die Jugendarbeitslosigkeit, bei der sich in Nordamerika und den skandinavischen Staaten eine rückläufige Tendenz abzeichnet, wird sich in weiten Teilen Europas nicht verändern und in den wichtigsten OECD-Staaten weiterhin bei 16 % der Arbeitnehmer unter 25 Jahren liegen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (seit mehr als 12 Monaten ohne Arbeit) wird in den meisten Ländern zunehmen.

In ihrer Analyse richtet die OECD den inzwischen wohlbekannten Appell an die Regierungen, eine erneute Explosion der Löhne zu verhindern. Sie schlägt vor, daß dies unter anderem durch "den Aufbau bzw. die Festigung eines sozialen Konsens" zu erreichen sei. Gleichzeitig warnt sie jedoch, daß dies allein nicht ausreicht und unterstreicht, daß für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit "schnelleres Wachstum oder eine im Verhältnis zum Wachstum größere Zahl von Neueinstellungen oder eine Kombination beider Maßnahmen erforderlich" sei.

Neben der allgemeinen Analyse des Arbeitsmarktes in den OECD-Ländern enthält der "Ausblick" eine Reihe von Kapiteln, die sich mit speziellen Themen befassen, z. B. versteckte Arbeitslosigkeit, die ihren Untersuchungen zufolge bei den als arbeitslos Gemeldeten nur von geringer Bedeutung ist; lohnunabhängige Arbeitskosten, wo die langfristige Beschäftigungswirkung der Senkung arbeitsbezogener Steuern in Frage gestellt wird; und das Problem des Arbeitsmarktes für Jugendliche, das nach Meinung der OECD am besten durch verbesserte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten als Alternative zum Eintritt in den Arbeitsmarkt gelöst werden könnte.

Der "Ausblick" ist in englischer und französischer Sprache bei den OECD-Verkaufsstellen in den einzelnen Ländern erhältlich.

ÖTV FEIERT 90JÄHRIGES BESTEHEN

Im Oktober feierte die deutsche Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ihr 90jähriges Bestehen. Deutschland war eines der ersten Länder in Westeuropa, in dem die Gewerkschaftsbewegung Fuß fassen konnte. Im Jahre 1896 wurden die landesweiten Organisationen der Gemeinde- und Transportarbeiter gegründet, die sich 1930 zu einer einzigen Organisa-

tion zusammenschlossen. Sie waren die Vorreiter der heutigen Gewerkschaft ÖTV.

Die Festveranstaltung der Gewerkschaft ÖTV fand in Berlin statt - der Stadt, in der der erste landesweite Gewerkschaftstag abgehalten wurde.

ITF-Generalsekretär Harold Lewis übermittelte in einem Telegramm an die Vorsitzende der Gewerkschaft, Monika Wulf-Mathies, die herzlichen Glückwünsche der ITF anlässlich dieses Meilensteins in der Geschichte der ÖTV und sprach die besten Wünsche für die Zukunft aus. Er wies darauf hin, daß sich die Geschichte der ÖTV und die Geschichte der ITF in weiten Teilen überschneiden. Beide Organisationen wurden im gleichen Jahr gegründet - die ITF feierte ihr 90jähriges Bestehen vor zwei Monaten - und die Ereignisse, die die Geschichte beider Organisationen geprägt hätten, spiegelten sich in den Hochs und Tiefs unseres bewegten Jahrhunderts wider. Er würdigte den Beitrag, den die Gewerkschaft ÖTV in der Vergangenheit zur Arbeit der ITF geleistet habe und der ihr auf internationaler Ebene allgemein große Achtung verschafft habe.

Zivilluftfahrt

ICAO FÜR VERBOT DER LUFTVERKEHRSVERBINDUNGEN MIT SÜDAFRIKA

Alle der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) - der UNO-Sonderorganisation für Zivilluftfahrt - angeschlossenen Regierungen, wurden nachdrücklich aufgefordert, die Luftverkehrsverbindungen mit dem Apartheid-Regime in Südafrika zu unterbrechen. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit von der ICAO-Vollversammlung verabschiedet, die im September in Montreal tagte. Die Entschliebung, die von der Mehrzahl der Industrienationen abgelehnt wurde, bekräftigte erneut die Forderung der UNO, Druck auf Südafrika auszuüben, rief alle Mitgliedsstaaten der ICAO auf, die Luftverkehrsverbindungen oder bilaterale Luftverkehrsvereinbarungen mit Südafrika zu beenden, und beauftragte den Rat der ICAO, die Entwicklungen in Südafrika genau zu beobachten. Die Luftverbindungen zu Südafrika waren auch ein Element des Sanktionspakets, das der US-Senat im Oktober verabschiedete (s. gesonderter Artikel).

Die ITF, die bei der ICAO Beobachterstatus einnimmt, war auf der Versammlung durch ihren Vertreter in Montreal, Stu Johns, und den Sekretär der Sektion Zivilluftfahrt, Bernie Beyertt, vertreten. In einer Rede vor den Delegierten verwies Beyertt auf die ernstesten Probleme, denen sich die Beschäftigten in der Zivilluftfahrt in der Folge der Entregulierung gegenübersehen. Die Organisation schenke ihre ganze Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen Lage dieses Industriebereichs, ohne die Interessen der darin beschäftigten Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

ITF-KABINENPERSONAL-ÜBERBLICK 1986 VERÖFFENTLICHT

Der Internationale Überblick der ITF über die Arbeitsbedingungen des Kabinenpersonals 1986 wurde vor kurzem veröffentlicht und den angeschlossenen Gewerkschaften des Kabinenpersonals zugeschickt. Der Überblick, der nur in englischer Sprache herausgegeben wird, enthält Informationen über Bezahlung, Zusammensetzung der Flugdeckbesatzungen, Lizenzierung, Ausbildung, Flug- und Dienstzeiten, Ruheeinrichtungen, Urlaub, Politik im Hinblick auf Diskriminierungen, Ruhestandsregelungen und andere Aspekte der Arbeitsbedingungen bei

27 Fluggesellschaften in Japan, Hongkong, Australien, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Portugal, der Schweiz und Kanada. Einzelne Exemplare sind auf Anfrage beim ITF-Sekretariat in London erhältlich.

Binnenverkehr

RHEINABKOMMEN IN GEFAHR

Ein Vertragsentwurf über das Bemannungsniveau für die Binnenschifffahrt auf dem Rhein, über den seit 5 Jahren verhandelt wird, läuft Gefahr, von der deutschen Bundesregierung unterlaufen zu werden. Zu einem früheren Zeitpunkt in den Verhandlungen hatten die in der ITF organisierten Gewerkschaften der Rheinschifffahrt Vorschläge unterbreitet, die allgemeine Zustimmung vonseiten der Regierungen der Rheinanliegerstaaten - der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz - fanden, und nur geringfügige Anpassungen an die Position der ITF erforderlich machten.

Dieses Übereinkommen ist jedoch nun aufgrund der Behauptungen des deutschen Regierungsvertreters in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) in Straßburg gefährdet, denen zufolge ein Sonderübereinkommen, das auf nationaler Ebene mit der der ITF angeschlossenen deutschen Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV) geschlossen worden war, mit den Vorschlägen der ITF nicht vereinbar sei. Die Gewerkschaft ÖTV leugnet die Existenz eines Sonderübereinkommens und nimmt an, daß die deutsche Regierung die Lage falsch dargestellt habe, um die Diskussionen in der Rheinkommission zu beeinflussen.

Die Gewerkschaft ÖTV hat beim deutschen Verkehrsminister gegen diesen Schritt protestiert. In der Zwischenzeit haben die ITF-Rheinschifffahrtsgewerkschaften beschlossen, die Arbeitnehmer in der Binnenschifffahrt mit einer Flugblattaktion über die Verhandlungen im Hinblick auf das Bemannungsniveau zu informieren, bevor im November die Schlußsitzung der Regierungsvertreter zu diesem Thema stattfindet.

WELTBANK KNÜPFT CHILE-HILFE AN BEDINGUNGEN

Berichte über eine Forderung der Weltbank - der zwischenstaatlichen Institution, die Entwicklungsländern langfristige Kredite bereitstellt -, daß ein Kredit für die Reparatur von Schäden, die den chilenischen Staatsbahnen (FF.CC. del Estado) durch ein Erdbeben entstanden waren, an die Bedingung geknüpft werden sollten, daß die Aufträge an Privatfirmen vergeben werden sollten, hat eine heftige Reaktion der ITF herausgefordert.



Ein Erdbeben im März 1985 verursachte Zerstörungen und Schäden an Eisenbahneinrichtungen und -ausrüstungen, einschließlich Lokomotiven. Obwohl die Werkstätten der Staatsbahnen über ausreichende Einrichtungen für die Reparatur von Lokomotiven verfügen, haben Vertreter der Weltbank, die mit der Beurteilung des Schadens im Hinblick auf die Gewährung eines Kredites beauftragt waren, Angaben der chilenischen ITF-Eisenbahnergewerkschaft zufolge darauf bestanden, die Aufträge zu höheren Kosten an Privatunternehmen zu vergeben.

ITF-Generalsekretär Harold Lewis forderte in einem Schreiben an Barber Conable, dem Präsidenten der Weltbank in Washington DC, eine Bestätigung dieser Berichte und erkundigte sich, ob ein Preisvergleich zwischen den Werkstätten der Staatsbahnen und dem Privatsektor vorgenommen worden sei.

ZUSAMMENSCHLUSS VON US-GEWERKSCHAFTEN

Mitglieder der amerikanischen Lokomotivführergewerkschaft Brotherhood of Railway Carmen haben sich mit überwältigender Mehrheit für einen Zusammenschluß mit der Gewerkschaft des Eisenbahn- und Luftfahrt-Verwaltungspersonals BRAC ausgesprochen. Der Zusammenschluß, der bis Ende des Jahres formell vollzogen sein soll, führt zur Schaffung einer starken neuen Gewerkschaft mit mehr als 225.000 Mitgliedern. Die Führer der beiden Organisationen betrachten es als notwendig sich zusammenzutun, um die Interessen der Beschäftigten der Eisenbahnen über die 80er Jahre hinaus zu schützen. Die Lokomotivführer werden zu einer mehr oder weniger eigenständigen Abteilung der BRAC, mit dem BRC-Vorsitzenden Wheeler als Vorsitzendem der Abteilung und einem BRAC-Funktionär als stellvertretendem Vorsitzenden. Der Zusammenschluß wurde in Rekordzeit durchgeführt: formelle Gespräche begannen erst in diesem Jahr.

BRITISH RAIL-ÜBEREINKOMMEN ÜBER EINMANNBETRIEB

Gemäß einem in diesem Monat zwischen den beiden britischen Lokführergewerkschaften (ASLEF und NUR) und British Rail geschlossenen Übereinkommen wird der zweite Mann aus fast allen Lokführerhäusern verschwinden. Das Übereinkommen bedeutet den Verlust von 1.500 Arbeitsplätzen während der nächsten drei Jahre. Es werden jedoch keine Entlassungen erwartet, da viele Lokführer in nächster Zukunft das Rentenalter erreichen werden. Auf einigen Strecken wird der zweite Mann beibehalten. Die von dieser Änderung betroffenen Lokführer erhalten mit Inkrafttreten der neuen Dienstpläne Mitte Januar einen zusätzlichen Schichtzuschlag.

DEUTSCHE BAHNBUSSE WERDEN NICHT VERKAUFT

ITF-Vizepräsident Ernst Haar begrüßte die von Gert Blumenthal im Namen der deutschen Regierung abgegebene Zusage, daß die von der Deutschen Bundesbahn (DB) betriebenen Busdienste nicht privatisiert werden sollen. Haar erklärte, er sei überrascht, daß die formelle Ankündigung nicht vom Verkehrsminister komme und forderte ihn auf, diese wichtige politische Entscheidung zu bestätigen und so diese Bedrohung zu beseitigen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat seit einigen Jahren eine intensive Kampagne für die Beibehaltung dieser wichtigen staatlichen Dienstleistungen im öffentlichen Sektor geführt.

DEUTSCHE GEWERKSCHAFTER BESUCHEN ITF

Anfang Oktober befand sich eine achtköpfige Delegation der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) in London zu Gesprächen mit der britischen Eisenbahnergewerkschaft NUR über die mit der Privatisierung der Eisenbahnen verbundenen Gefahren. Die aus GdED-Mitgliedern aus Würzburg bestehende Gruppe unter Leitung von Gunther Scheuermann wurde vom Stellvertretenden NUR-Generalsekretär Vernon Hince empfangen.

Seeleute

VERSTÄRKTE PROTESTE GEGEN ANGRIFFE IM GOLF

Der Weltschiffahrtstag am 25. September bot der ITF Gelegenheit, sich mit einer besonderen Botschaft an führende Persönlichkeiten der Weltpolitik zu wenden, in der sie die Beendigung der mörderischen Angriffe der Streitkräfte des Iran und Irak auf unbeteiligte Handelsschiffe im Persischen Golf forderte. In einem Telegramm an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Regierungen der beiden genannten Länder wies Generalsekretär Harold Lewis darauf hin, daß 1986 (von der UN zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt) bereits mehr als 30 Seeleute bei Angriffen auf 58 unbewaffnete Handelsschiffe im Golf ums Leben kamen.

Dies sei eine "inakzeptable Situation" hieß es in der ITF-Botschaft weiter, die davor warnte, daß die ITF und die ihr angeschlossenen Schifffahrtsgewerkschaften einen Punkt erreichten, an dem sie über "drastischere Maßnahmen" nachdenken müssen.

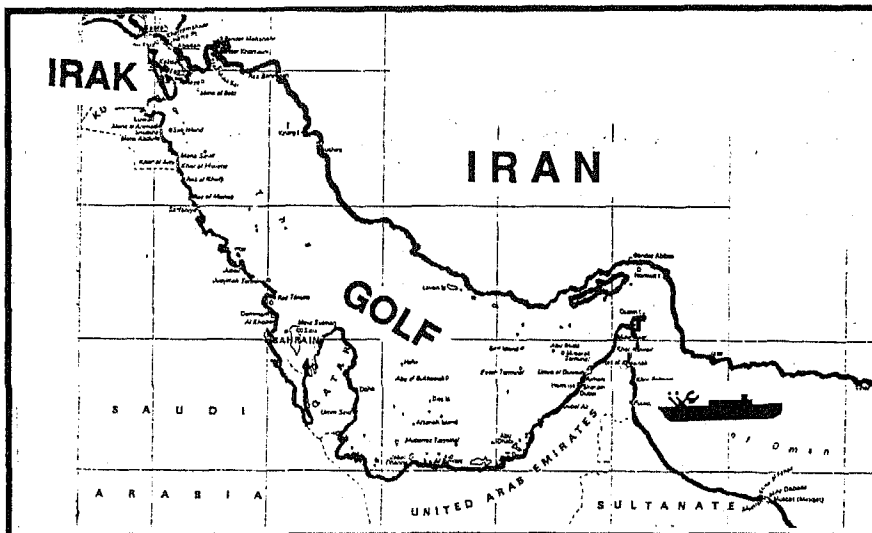
Die der ITF angeschlossene britische Offiziersgewerkschaft NUMAST entsandte im September eine von ihrem Stellvertretenden Generalsekretär John Newman geleitete Untersuchungsmission in die Golfregion. Während ihres neuntägigen Aufenthalts begleiteten die Gewerkschaftsfunktionäre ein unter britischer Flagge fahrendes Schiff auf seiner Reise in den Golf und besuchten das britische Schiff "The Pawnee", das kurz zuvor einem Raketenangriff ausgesetzt gewesen war.

Am 17. Oktober, nach einer Reihe von Eingaben an die britische Regierung zu diesem Thema, fand ein Treffen zwischen NUMAST und einem hohen Beamten des britischen Außenministeriums, Timothy Raison, statt, auf dem NUMAST eine Intervention der Regierung zur Beendigung der Angriffe, durch die seit 1981 mehr als 100 Menschen getötet worden sind, forderte. Die Gewerkschaft forderte ferner, die Verstärkung des Wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Drucks auf die beiden kriegsführenden Nationen, um diesen Übergriffen ein Ende zu setzen, sowie ein Verbot von Waffenverkäufen an Iran und Irak. (Die Delegation berichtete, daß in Großbritannien und sogar in Frankreich registrierte Schiffe in jüngster Zeit mit in Frankreich hergestellten Waffen angegriffen worden seien).

NUMAST forderte die britische Regierung außerdem auf, zusammen mit anderen neutralen Ländern eine Flotte internationaler Kriegsschiffe aufzustellen, die als bewaffnete Eskorte für Handelsschiffe eingesetzt werden können. Die Gewerkschaft schlug ferner vor, daß britische Schiffe dem japanischen Beispiel folgen und unter deutlich sichtbarer Nationalflagge fahren sollten, um darauf

hinzuweisen, daß ihre Besatzung britische Nationalität sei. Des weiteren sollte die Regierung ihre Bereitschaft zur Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen deutlich machen, falls Schiffe mit britischen Staatsbürgern an Bord angegriffen werden.

Seit diese ITF-Botschaft verschickt wurde, sind zehn weitere Seeleute an Bord des unter panamaischer Flagge fahrenden Schiffes "Five Brooks" getötet worden, als es die Straße von Hormus passierte. In einer im Anschluß an diesen Angriff abgegebenen Erklärung warnte der Verband unabhängiger Tanker-Reeder, Intertanko, der etwa 60 % der weltweiten Tankertonnage repräsentiert, davor, daß die Tankschiffe möglicherweise den Verkehr im Golf einstellen werden. Intertanko wies ferner darauf hin, daß seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1981 140 Schiffe mit 18 Millionen tdw so schwer beschädigt wurden, daß eine Instandsetzung wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll sei. Damit entsprächen die Verluste der Handelsflotte im Golfkrieg inzwischen denen während des Zweiten Weltkriegs.



Angriffe auf Handelsschiffe im Golf weiten sich nach Osten bis in die Straße von Hormus aus.

ITF VERURTEILT BESCHLUSS ÜBER NORWEGISCHE WACHEN

Der vor kurzem von der norwegischen Regierung gefaßte Beschluß, drei "modernen" Schiffen die Erlaubnis zu erteilen, mit nur einem Besatzungsmitglied (dem Navigationsoffizier) als Nachtwache zu fahren, ist vom Stellvertretendem Generalsekretär Ake Selander scharf kritisiert worden. In einem Brief an die Zwischenstaatliche Organisation für Seeschifffahrt (IMO) bezeichnete Selander Anfang Oktober diesen Beschluß als offene Verletzung des STCW-Übereinkommens aus dem Jahre 1978, in dem festgelegt wird, daß immer eine zweite Wache im Dienst sein sollte.

Mit der Feststellung, daß diese Maßnahme "einen weiteren Schritt in Richtung auf das Fliegende-Holländer-System" darstelle, verwarf Selander das Argument der norwegischen Regierung, daß die Abschaffung einer getrennten

Nachtwache unter den "Gleichwertigkeits"-Bestimmungen des STCW-Übereinkommens gerechtfertigt sei und wies darauf hin, daß diese Bestimmungen sich nur auf die Erfordernisse im Bereich Bildung und Ausbildung beziehen. "Da unseren Informationen zufolge bisher noch kein technisches Gerät erfunden wurde, das alle in dem Übereinkommen beschriebenen Aufgaben erfüllt, kann die Abschaffung der Nachtwache nur zu einer ernststen Verringerung der Sicherheit auf See führen", fügte er hinzu.

Die ITF betrachtet den norwegischen Beschluß als ersten Schritt in einer Reihe von Maßnahmen von seiten der Reeder, Einsparungen bei der Besatzung auf Kosten der Sicherheit vorzunehmen, und ist der Überzeugung, daß die IMO so schnell wie möglich tätig werden muß, um eine ernstzunehmende Schwächung der wichtigsten internationalen Normen zu verhindern, die dazu beitragen, die Schifffahrtssicherheit zu garantieren und die Verschmutzung der Meere zu kontrollieren.

Alle ITF-Seeleutegewerkschaften wurden von dieser Entwicklung unterrichtet und aufgefordert sicherzustellen, daß sich ihre Regierungen nicht dem Beispiel Norwegens anschließen.

STREIKERFOLG FÜR BRITISCHE SEELEUTE

Anfang Oktober führte ein massiver und wirkungsvoller Streik von 2.500 bei dem britischen Fährschiffbetreiber Sealink beschäftigten Mitgliedern der britischen Seeleutegewerkschaft National Union of Seamen, der von der Offiziersgewerkschaft NUMAST unterstützt wurde, zur Rücknahme von Vorschlägen über die Abschaffung von fast 500 Arbeitsplätzen für Seeleute auf der Fährverbindung zwischen Großbritannien und den Kanalinseln sowie 200 Arbeitsplätzen auf den Kanalverbindungen.



Streikende NUS-Mitglieder in Weymouth (England).

PHOTO: JEZ COULSON

Die Unterstützung für den Streik wurde durch das äußerst harte Vorgehen der Unternehmensleitung verstärkt, die den Seeleuten an Bord der bestreikten Schiffe erklärte, daß sie bei ihrer Rückkehr in den Hafen mit sofortiger Entlassung zu rechnen hätten. Dies erwies sich als eine schwerwiegende Fehleinschätzung der Stimmung bei den NUS-Mitgliedern, die in den vergangenen Monaten aufgrund von Ausflagungen einen kontinuierlichen Rückgang der Arbeitsplätze in der Hochseeflotte erlebt haben.

Die Seeleute besetzten die Fähren und hielten sie in Cherbourg (Frankreich), wo sie von den französischen ITF-Gewerkschaften praktische Unterstützung erhielten, und in den Häfen der Kanalinseln fest. Nach zweiwöchiger Dauer des Arbeitskampfes war das Unternehmen bereit, alle Entlassungen zurückzunehmen und mit den Gewerkschaften über das zukünftige Bemannungsniveau auf den Fährverbindungen zu den Kanalinseln zu verhandeln sowie die Abfindungszahlungen für entlassene Seeleute erheblich anzuheben. Eine Reihe von weiteren noch offenen Arbeitskonflikten in anderen Häfen wurde in dieses endgültige Übereinkommen mit Sealink aufgenommen.

SHELL-BESCHLUSS ÜBER AUSFLAGGUNG DEUTSCHER SCHIFFE KRITISIERT

Der im vergangenen Monat von Shell Tankers, Hamburg, gefaßte Beschluß, die verbleibenden unter deutscher Flagge fahrenden Tanker noch vor Ende des Jahres nach Liberia auszuflaggen, wurde von der deutschen ITF-Seeleutengewerkschaft ÖTV auf's Schärfste kritisiert.

ITF-Vorstandsmitglied Eike Eulen bezeichnete es als "Skandal", daß Shell, ein Unternehmen das jährlich mehrere hundert Millionen DM auf dem deutschen Markt verdiene, nun beabsichtige, hunderte von Arbeitsplätzen in Deutschland zu zerstören. 350 deutsche Seeleute sind derzeit auf den sechs Schiffen beschäftigt.

Mit diesem jüngsten Schritt von Shell habe sich die Bundesrepublik Deutschland praktisch aus dem Tankerverkehr zurückgezogen, erklärte Eulen. Es sei eine Schande, daß die zweitgrößte Handelsnation der Welt für die Versorgung mit einem so lebenswichtigen Gut wie Öl fast ausschließlich auf Billigflaggenschiffen angewiesen sei, sagte er. Er wies ferner darauf hin, daß die deutsche Tonnage in den vergangenen acht Jahren ganz allgemein um 40 % zurückgegangen sei, und daß die Hälfte der von der deutschen Reedervereinigung betriebenen Tonnage gegenwärtig unter Schattenflagge fahre.

Und dies ist noch nicht alles. Hapag Lloyd, zum Beispiel, plane den Verkauf von zehn weiteren Schiffen in diesem Jahr. Diese Situation stelle außerdem eine Bedrohung der deutschen Werften dar, da alte Schiffe nun nicht mehr durch Schiffsneubauten sondern durch das kostengünstige Chartern von Tonnage auf dem internationalen Markt ersetzt würden.

SCHATTENFLAGGENSITZUNG DER UNCTAD

Das ITF-Sekretariat wurde vor kurzem davon unterrichtet, daß sich der UNCTAD-Schiffahrtssicherheitsausschuß auf seiner nächsten Sitzung, die vom 10.-21. November in Genf stattfinden soll, mit Maßnahmen zur Förderung der Ratifizierung des UNO-Übereinkommens über Schiffsregistrierungsbedingungen befassen wird.

Der Stellvertretende Generalsekretär Ake Selander hat sich daraufhin an alle angeschlossenen Seeleutegewerkschaften gewandt, um sie schriftlich an die Politik der ITF zu erinnern, sich der Ratifizierung des UNO-Übereinkommens zu widersetzen, und sie aufgefordert, sich um die Aufnahme in die nationalen Delegationen bei der UNCTAD zu bemühen, um diese Politik zu unterstützen.

****BERICHTIGUNG:** Der Internationale Reederverband (ISF) hat uns darüber unterrichtet, daß seine Organisation, die die Reeder der ganzen Welt vertritt, im Gegensatz zu einem in der ersten Ausgabe des ITF-Seeleutebulletins (August 1986) veröffentlichten Bericht nicht beschlossen habe, sich für die Ratifizierung des UNO-Schiffsregistrierungsübereinkommens einzusetzen. "Obwohl unsere Mitglieder der Auffassung waren, daß das Ergebnis der verschiedenen UNCTAD-Konferenzen im großen und im ganzen zufriedenstellend sei, wurde bisher noch kein Beschluß darüber gefaßt, ob wir uns für eine Politik der Ratifizierung einsetzen sollen," heißt es in dieser Erklärung.

ZUR ERINNERUNG...

Die ITF-Seeleutesektion hat für den 21. und 22. November 1986 im Transport House, London, eine Sondersitzung über das Künftige Weltweite Notruf- und Sicherheitssystem für die Schifffahrt einberufen.

Nähere Einzelheiten sind bei Ake Selander, Stellvertretender ITF-Generalsekretär, im ITF-Hauptbüro zu erfahren.

Hafenarbeiter

HAFENARBEITERSTREIKS IM SÜDLICHEN PAZIFIK AUSGESETZT

Die Beschäftigten der Hafenbehörde der Fidschi-Inseln setzten ihren Streik (s. ITF-Nachrichten, September 1986) bis zum Abschluß des Schlichtungsverfahrens aus. Bis dahin wurde die normale Arbeit in den Häfen wieder aufgenommen. Der ab 1. Oktober geplante Streik in Vanuatu wurde um zwei Wochen verschoben, nachdem Claude Cumberland (WWF, Australien) aufgrund einer vom Generalsekretär der Hafenarbeitergewerkschaft von Vanuatu (Vanuatu Water-side Maritime Allied Workers' Union), Tari Kalterekia, an die ITF gerichteten Bitte um Unterstützung nach Vanuatu gereist war, um die Gewerkschaft in technischen Fragen zu beraten.

US-STREIKS BEENDET

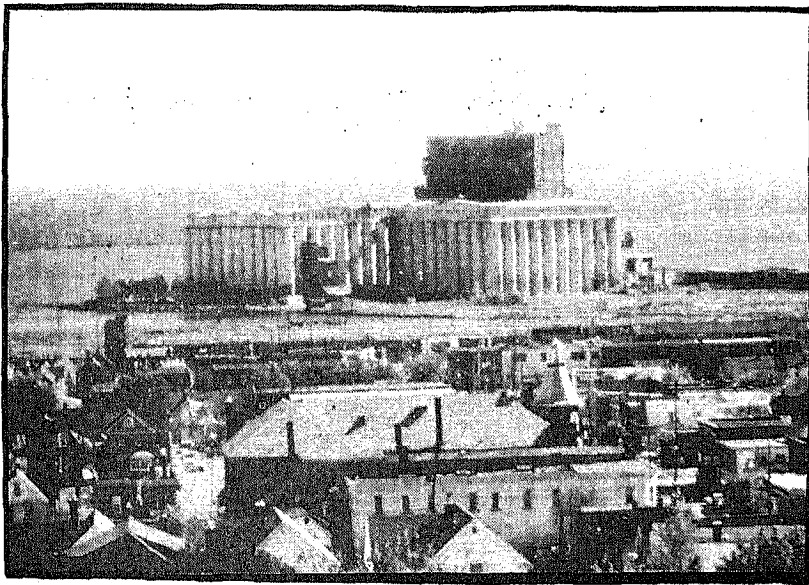
Elf Nordatlantikhäfen mußten Anfang Oktober wegen eines Streiks von 30.000 Mitgliedern der International Longshoremen's Association (ILA) den Betrieb einstellen, nachdem die Hafenarbeiter eine Forderung der Arbeitgeber zurückgewiesen hatten, die von den im Bereich des Umschlags nicht-containerisierter Fracht beschäftigten Arbeitnehmern im Gegenzug zu einer Verlängerung ihres ausgelaufenen Lohnabkommens die Zustimmung zu einer Kürzung ihres Stundenlohns von US \$ 17 auf US \$ 14 verlangten.

Obwohl für New York bereits ein landesweit gültiger neuer Vertrag abgeschlossen wurde (s. ITF-Nachrichten, September 1986), sind örtliche Verträge noch auszuhandeln, und eine Reihe von Arbeitgebern weigert sich, dem New Yorker Beispiel zu folgen.

Die Entschlossenheit der Hafenarbeiter, die geltenden Löhne ihrer Kollegen zu verteidigen, führte zu einem schnellen Sieg. Es konnte eine Verlängerung ihres Vertrages um 45 Tage bis zum 17. November erreicht werden; während dieser Zeit werden weiterhin US \$ 17 gezahlt. Die Verhandlungen über weitere noch offene Fragen eines neuen Vertrages werden während dieses Zeitraums fortgesetzt.

**ILA-Docker, die in den Häfen von New Orleans und Mobile im allgemeinen und im Stückgutumschlag beschäftigt sind, führten wenige Tage später einen Streik durch. Sie protestierten damit gegen Versuche der Arbeitgeber, eine Überstundenbegrenzung einzuführen und die Größe der Arbeitstrupps zu verringern.

STREIK BEIM GETREIDEUMSCHLAG



Thunder Bay - Kanadas größter Getreideumschlaghafen am Oberen See - war im September durch einen Streik der Verladearbeiter an sechs Getreideterminals lahmgelegt.

Die Arbeitnehmer, Mitglieder der amerikanischen ITF-Gewerkschaft Brotherhood of Railway and Airline Clarks (BRAC), forderten einen neuen Kollektivvertrag. Die Arbeitgeber reagierten auf den Streik mit der Aussperrung der Arbeitnehmer, was schwere Verluste für die kanadischen Getreideexporte zur Folge hatte. Außerdem lagen 50 kanadische Getreide-Frachter infolge des Streiks fest. Die von einem staatlichen Schlichter unterstützten Verhandlungen haben inzwischen zur Beilegung des Streiks geführt.

Die immer starrere Haltung kanadischer Unternehmensleitungen bei Arbeitskonflikten spiegelte sich in diesem Monat auch bei der Aussperrung der Hafenarbeiter in den Pazifikhäfen an der Westküste wider, mit der die Arbeitgeber auf den Streikbeschuß der Beschäftigten während eines Arbeitskonflikts über Rechte beim Frachtumschlag und andere Fragen reagierten. Don Garcia, Vorsitzender der kanadischen Organisation der International Longshoremen's and

Warehousemen's Union (ILWU), die die Interessen der Hafentarbeiter vertritt, berichtete, daß die Arbeitgeber die Westküste "absolut dicht gemacht" hätten. Er beschuldigte den Arbeitgeberverband, die Gewerkschaft zur Aufgabe einer seit langem geltenden Klausel bewegen zu wollen, die den Hafentarbeitern das Recht gibt, bestimmte Container im Bereich Vancouver Island zu be- und entladen.

Man bemühe sich seit letztem September um den Abschluß eines neuen Vertrages, habe jedoch keine Fortschritte erzielen können, da die Arbeitgeber auf Zugeständnissen bei den Löhnen und größerer "Flexibilität" sowie der Abschaffung der wertvollen Container-Klausel beharrten.

Unter dem Druck der Regierung beendeten die Arbeitgeber nach drei Tagen die Aussperrung, um eine Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen. Falls innerhalb von dreißig Tagen kein neuer Vertrag zustande kommt, wird die Gewerkschaft, die den Arbeitgebern bisher jede Möglichkeit gegeben hat, zu einer Vereinbarung zu kommen, ihre Mitglieder zum Streik aufrufen, um eine Lösung des Konflikts zu erzwingen.

ITF-BEITRITT DER HAFENTARBEITER AN DER WESTKÜSTE DER USA

Die ITF freut sich, die Gewerkschaft der Hafentarbeiter an der Westküste der Vereinigten Staaten als neues Mitglied in ihren Reihen begrüßen zu dürfen. Die International Longshoremen's and Warehousemen's Union vollzog ihren Beitritt gerade rechtzeitig, um ihrem Vorsitzenden Jim Herman in diesem Sommer die Teilnahme am ITF-Kongreß in Luxemburg als offizieller Delegierter der ILWU zu ermöglichen. Die ILWU-Organisation für Kanada war bereits Mitglied in der ITF.

Regionaltätigkeit

SAMBISCHE ARBEITNEHMER FORDERN STÄRKUNG DER TANSAM-EISENBAHNVERBINDUNG

Anfang September organisierte der ITF-Regionalvertreter für Afrika, Ben Udogwu, ein einwöchiges arbeitswirtschaftliches Seminar für führende Mitglieder von drei sambischen Transportarbeitergewerkschaften (die Beschäftigte im Straßentransport, bei den Eisenbahnen und bei der Zivilluftfahrt organisieren).

Das Seminar befaßte sich mit einer großen Zahl von Themen, darunter die Auswirkungen der Abwertung der sambischen Währung, Lebensstandard, Bezahlung und Preise, internationaler Handel und die Rolle multinationaler Unternehmen.

Die Teilnehmer unterstrichen die Bedeutung einer angemessenen Ausbildung für die für die Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen verantwortlichen Funktionäre als wichtiges Mittel zur Verbesserung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen und forderten den Transport sambischer Im- und Exporte mit den Eisenbahnen Tansanias und Sambias.

Ein zweites, parallel dazu abgehaltenes Seminar beschäftigte sich mit den Problemen weiblicher Transportarbeiter. Seine Ziel war die Verbesserung der Lage der Frauen auf dem sambischen Arbeitsmarkt; die Untersuchung der sich ändernden Einstellung gegenüber Frauen, die immer noch sehr stark von Vorurteilen und Diskriminierungen betroffen sind; und die Ermutigung von mehr Frauen sich aktiv an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen.

Das Seminar wurde von L. B. Nsofwa vom Frauenberatungsausschuß des sambischen Gewerkschaftsbundes ZCTU geleitet und umfaßte eine Reihe von Vorträgen weiblicher Referenten, die im Transportsektor tätig sind. Das wichtigste Ergebnis des Seminars bestand in dem Beschluß zur Einrichtung eines gemeinsamen Frauenausschusses für die Koordinierung des Gewerkschaftsprogramms für weibliche Arbeitnehmer und die Unterstützung bei Bildungs- und Organisationsmaßnahmen für Frauen in den verschiedenen Transportbereichen. Die Delegierten kritisierten außerdem diskriminierende Arbeitsgesetze in Sambia in Bereichen wie dem Rentenalter und die Klassifizierung von Frauen als Minderjährige.

Die ITF wurde aufgefordert, weitere Bildungsseminare für ihre weiblichen Mitglieder in Sambien abzuhalten und die Durchführung eines panafrikanischen Seminars bzw. einer panafrikanischen Konferenz ins Auge zu fassen, um Arbeitnehmern die Gelegenheiten zu geben, ihre Erfahrungen auszutauschen und eine gemeinsame Strategie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der weiblichen Transportarbeiter in Afrika zu erarbeiten.

Im August fand ein Seminar zum Thema Gesundheit und Sicherheit für Transportarbeitergewerkschaften in Kenia, Uganda und Tansania statt. Die wichtigste Sorge der Teilnehmer war der Mangel an Informationen über Gesundheits- und Sicherheitsrisiken, denen sich Transportarbeiter bei ihrer Arbeit gegenüber sehen. Sie forderten intensive Anstrengungen durch Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen zur Schaffung eines Bewußtseins für die Gefahren sowie die Bereitstellung von Sicherheitskleidung und -ausrüstungen. Die wichtige Rolle, die Sicherheits- und Gesundheitsausschüssen und -beauftragten zukommt, wurde hervorgehoben. Wo diese nicht existieren, wurde ihre unverzügliche Einrichtung mit Nachdruck gefordert. Sicherheitsbeauftragte stellten außerdem einen wichtigen Schutz für die Arbeitnehmer dar und sollten, wo notwendig, ernannt werden.

Angesichts der Unzulänglichkeit des bestehenden gesetzlichen Schutzes der Arbeitnehmer in der Transportindustrie - mit Ausnahme der Hafentarbeiter - forderten die Teilnehmer die Regierungen ihrer drei Länder auf, die bestehenden Gesetze zu überarbeiten, um die Gesundheits- und Sicherheitsstandards zu harmonisieren und anzuheben.

SITZUNG DER BINNENVERKEHRSGEWERKSCHAFTEN IN HONGKONG

Binnenverkehrsarbeiter in Hongkong nahmen im September an einem zweitägigen Seminar teil, bei dem für die ITF der Regionalvertreter für Asien und den pazifischen Raum, Mo Hoda, anwesend war. Auf dem Seminar wurde die Gründung eines Dachverbandes der Transportarbeitergewerkschaften beschlossen, dem auch die auf dem Seminar nicht vertretenen Gewerkschaften der Beschäftigten der Fluggesellschaft Cathay Pacific angehören sollen.

Im vergangenen Monat fand außerdem das erste Seminar für Transportarbeiter in Taiwan statt. 50 Vertreter der Seeleute- und der Eisenbahnergewerkschaften nahmen an der Sitzung teil, auf der unter anderem über die Funktionsweise der ITF und der IAO sowie das langfristige Bildungsprogramm der ITF diskutiert wurde.

Todesfälle

Karl Rebsamen, ehemaliger Sekretär der Sektionen Rheinschiffahrt, Seeleute und Hafentarbeiter der schweizerischen Gewerkschaft Verkauf, Handel, Transport, Lebensmittel (VHTL), verstarb am 21. September im Alter von 63 Jahren. Im Laufe der Jahre war Rebsamen Mitglied vieler nationaler Gremien für Schiffsangelegenheiten und leistete auf internationaler Ebene einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der ITF-Sektion Binnenschiffahrt, deren fähiger Stellvertretender Vorsitzender er von 1974 bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1983 war. Während dieser Zeit spielte er außerdem eine aktive Rolle in den ITF-Schiffahrtssektionen und als Vertreter der Schweiz im Fair-Practices-Ausschusses.

Erwin Plaumann, früherer Hauptkassenwart der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), verstarb am 11. Juli im Alter von 69 Jahren.

J. Kastrup Olsen, einundzwanzig Jahre lang Vorsitzender der dänischen Kapitänsvereinigung, verstarb am 25. Juni.

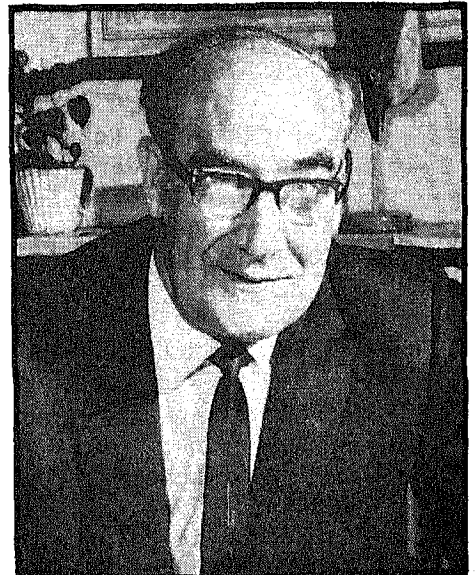
DIE FAMILIE VON CHARLIE BLYTH BEDANKT SICH BEI DEN MITGLIEDSORGANISATIONEN

Mrs. Blyth und ihre Familie sind zutiefst berührt von den Beileidsbekundungen, die sie seit Charlies Tod erreicht haben. Mrs. Blyth bittet um Verständnis dafür, daß es ihr einfach unmöglich ist, sie alle einzeln zu beantworten, und sie möchte daher in den ITF-Nachrichten ihrem Dank Ausdruck geben. Es hat der Familie in ihrer Trauer sehr geholfen, zu sehen, wieviele gute Freunde Charlie hatte.

Eine Reihe von Organisationen hat angefragt, ob es eine bestimmte Wohltätigkeitseinrichtung gibt, an die sie eine Spende in Charles Andenken leisten können. Eine Organisation, die von Charlie sehr viel Unterstützung unterhielt, war

The Charing Cross Holiday Dialysis Trust
c/o Home Dialysis Centre
55 Aspenlea Road
London W6

Diese Einrichtung ermöglicht es Patienten mit schweren Nierenleiden (wie Win Blyth), Urlaub zu machen und dabei weiterhin in Reichweite der für sie lebenswichtigen künstlichen Nieren zu bleiben. Es handelt sich um eine kleine Organisation, deren Dienstleistungen jedoch von den Patienten, die ohne dieses Angebot niemals die Möglichkeit hätten, von zu Hause wegzukommen, und denen, die ihnen nahestehen, hochgeschätzt werden. Der Holiday Dialysis Trust würde sich auf jeden Fall über eine Spende, gleich welcher Größe, freuen.



Personalien

Eduardo Pena Alizanda, ein früherer spanischer Diplomat, wurde zum neuen Leiter der Generaldirektion Verkehr der EG-Kommission ernannt. Er ist damit Nachfolger von John Steele.

Ole M. Berge trat im Sommer dieses Jahres während des Gewerkschaftstages der amerikanischen Eisenbahnergewerkschaft Brotherhood of Maintenance of Way Employees, der in Kansas City stattfand, vom Amt des Grand-Lodge-Präsidenten zurück. Berge war außerdem Vorsitzender der Vereinigung der Beschäftigten bei der Eisenbahn. Er wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Berge war einige Jahre lang Mitglied des ITF-Generalrats und in der Sektion Eisenbahn tätig.

Neuer Präsident der Gewerkschaft BMWÉ ist Geoffrey N. Zeh (43), der sein Amt Anfang September antrat. Zeh war seit 1982 Kassenwart der BMWÉ. Er ist von Beruf Rechtsanwalt und verfügt über langjährige Erfahrung in der Eisenbahnergewerkschaft. Sein Nachfolger als Kassenwart ist Mac A. Fleming.

Eine Reihe von Veränderungen gab es in der Führung der dänischen Transportarbeitergewerkschaft SiD nach dem Gewerkschaftskongreß im vergangenen Monat. Jens Anker Engelbrechtsen wurde im Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden bestätigt. Eli Seiding wird neuer Vorsitzender der Abteilung Transport und Verkehr der SiD, wenn Arne Kruse in zwei Jahren in den Ruhestand tritt.

ITF-Vizepräsident Ernst Haar (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, GdED) wurde in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Verkehrspolitik mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Carmel S. Consiglio tritt als Generalsekretär der Malta General Workers' Union zurück, wenn er das Amt des neuen maltesischen Botschafters in der UdSSR übernimmt. Anfang nächsten Jahres übernimmt der GWU-Vorsitzende Angelo Fenech seine Nachfolge, der im Alter von 46 Jahren bereits über große Erfahrung in den Metallarbeiter- und Trockendockabteilungen der Gewerkschaft verfügt. Mit der Ernennung von Fenech zum zukünftigen Generalsekretär übernahm Lawrence Lautier den geschäftsführenden Vorsitz der Gewerkschaft.

Richard Nolan wurde zum neuen landesweiten Vorsitzenden der Kanadischen Vereinigung der Flugbegleiter (CALFAA) gewählt. Er übernimmt damit die Nachfolge von Larry Leblanc.

Seppo Soikkeli, der vielen aktiven Mitstreitern in der ITF-Schattenflaggenkampagne aus seiner Zeit als ITF-Schiffsinspektor in Turku (Finnland) noch in guter Erinnerung sein wird, wurde mit dem Goldabzeichen der finnischen Seeleutegewerkschaft ausgezeichnet. Bei der Überreichung lobte Präsident Anttila Soikkeli für die Energie, mit der er sich für den Kampf gegen die Schattenflaggen eingesetzt hat.